

Was die Wahl für Anleger bedeutet

Natürlich schauen auch Anlagespezialisten gebannt auf die nahende Bundestagswahl. Fondsmanager Robert Beer macht sich Gedanken, was der grüne Hype für Aktien- und Rentenmärkte bedeuten könnte.

Von Robert Beer

Parkstein. Die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hat für Wirbel in der politischen Landschaft gesorgt. Durch ihr frisches Auftreten ist sie zum Medienliebling aufgestiegen. Die aktuelle Regierung wirkt dagegen etwas verbraucht. Regierungserfahrung hat Baerbock nicht, ihren Mitbewerber Robert Habeck hat sie dennoch souverän in die Schranken gewiesen. Einen Dämpfer bekam der Höhenflug, als publik wurde, dass Baerbock „vergessen“ hatte, Nebeneinkünfte zu melden. Angekündigte Steuererhöhungspläne, die Vorschläge einer deutlichen Spritpreiserhöhung und Verteuerung von Kurzstreckenflügen haben ebenfalls die Stimmung abgekühlt.

Wahrscheinlich wird Annalena Baerbock aktuell etwas über-, Armin Laschet von der Union etwas unterschätzt. Am Ende könnte sich der Abstand wieder vergrößern, mit dem wahrscheinlichsten Szenario eine schwarz-grünen Mehrheit. Möglicherweise wird eine aktuell aufstrebende FDP für eine stabile Mehrheit benötigt. Der ökologische Umbau der Wirtschaft wird vorangetrieben, aber auch die soziale Marktwirtschaft wird beibehalten. Es wird nötig sein, eine solide Finanz- und Ausgabenpolitik zu gestalten, die Wirtschaft zu beleben und mit den sprudelnden Steuereinnahmen den Haushalt zu konsolidieren. Hier kann Armin Laschet sicher punkten, nachdem er mit Friedrich Merz einen ausgewiesenen Wirtschafts- und Finanzexperten in sein Team geholt hat.

Keine Lust auf Grün-Rot-Rot

Die Wirtschaft in Deutschland hat da wesentlich mehr Sorge vor einer grün-rot-roten Regierung. Hier würde vieles, was Deutschland stark gemacht und Wohlstand gebracht hat, infrage gestellt. Vor allem ausländisches Kapital würde sehr empfindlich auf eine entsprechende Entwicklung reagieren. Schließlich wird der deutsche Kapitalmarkt in erster Linie von ausländischen Investoren bestimmt. Abfluss von Geldern und Investitionen hätte gravierende Folgen und dürfte Renten- wie Aktienmarkt deutlich treffen.

Deutschland ist die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Diese



Annalena Baerbock in rot gehüllt. Für Anlageexperte Robert Beer keine schöne Vorstellung.

Bild: Michael Kappeler/dpa

Stellung basiert auf den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, einer starken Mittelstandsstruktur, einem guten System der Berufsausbildung und vielen fleißigen und strebsamen Menschen.

Was zeichnet sich für den Fall einer Baerbock-Regierung ab? Die Staatsausgaben sollen deutlich steigen, dazu soll die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse außer Kraft gesetzt werden. Außerdem sollen Steuern erhöht werden. Der Staat soll eine noch stärkere Funktion einnehmen. Staatliche Lenkung wird zunehmen.

Dass der Staat aber der schlechtere Unternehmer ist, kann man überall beobachten. Der fatale Einfluss der Politik beim Berliner Flughafen lässt grüßen. Auch in der Corona Krise war der Staat in vielen Bereichen überfordert. Mehr staatliche Investition können die Wirtschaft durchaus beleben. Wenn im Gegenzug jedoch Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Leistungsträger stärker besteuert werden, hat dies negative Effekte. Viel wichtiger wäre es, auf die stets mahnenden Worte des Bundesrechnungshofs zu hören und die Ausgabe Seite unter die Lupe zu nehmen.

Wie sich Volkswirtschaften entwickeln, in denen der Staat einfluss sehr groß ist und immer mehr Menschen in den Staatsdienst integriert werden, zeigt sich beispielsweise in Italien. Die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Landes nimmt stetig ab und die Staats-

verschuldung steigt. Höhere Staatsverschuldung beglückt oft die Wähler, geht aber immer auf Kosten künftiger Generationen.

Aktuell wird im Zuge der Pandemie eine Ausgabenorgie gefeiert. Auf europäischer Ebene wird ein gigantischer Aufbaufonds aufgelegt, der es den aktuellen Politikern ermöglicht, ihre Haushaltslöcher zu stopfen und die Wähler noch mehr kurzfristig zu beglücken. Die künftigen Generationen dürfen es bezahlen. Entweder über höhere Steuern oder über Inflationierung des erarbeiteten Geldvermögens.

Neben den beiden Wirtschaftsgiganten USA und China spielt Europa eine immer kleinere Rolle. Dabei lebt Europa von der wirt-

schaftlichen Stärke Deutschlands. Wenn diese eingebüßt würde, hätte das auch für Europa sehr negative Auswirkungen. Das Thema Eurobonds ist ein zweischneidiges Schwert.

Befürworter von Eurobonds

Die Grünen sind starke Befürworter von Eurobonds, also gemeinsamen Schulden in Europa. Die Finanzmärkte würden das positiv sehen. Damit wäre garantiert, dass Deutschland für die Schulden anderer europäischer Staaten gemeinschaftlich mithaftet. Das bringt den Investoren Sicherheit. Außerdem könnten die Südländer noch ungehemmter Schulden aufnehmen. Die Finanzmärkte, die Südeuropäer und Frankreich würden das bejubeln. Für die Deutschen Steuerzahler wäre es keine gute Nachricht. Auch die Geldentwertung würde sich beschleunigen und der Kaufkraftverlust der Geldvermögen in Deutschland sich verstärken. Die steigenden Lebenshaltungskosten würden alle Bürger treffen.

Hinsichtlich der Altersvorsorge plädieren die Grünen für mehr staatliche Lenkung. Hier wäre eine grundsätzliche Richtungsänderung nötig, um einen Übergang zur kapitalgedeckten Altersvorsorge zu gestalten und das System zu stabilisieren. Ein riesiges Thema, bei dem die Politik das Problem immer mehr in die Zukunft verlagert und den künftigen Generationen aufbürdet.



HINTERGRUND

Zur Person: Robert Beer

Robert Beer ist Fondsmanager und Inhaber der Robert Beer Investment GmbH in Parkstein. Als Buchautor befasst er sich zudem seit den 1980er-Jahren mit der Wirtschaft und den Kapitalmärkten.

Öfter aufs Konto schauen

Ungewollte Mini-Abbuchungen bleiben oftmals lange unentdeckt

Kiel. (dpa) Mindestens einmal pro Woche sollten die Abbuchungen auf dem Girokonto überprüft werden, rät die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein. Kleinere Abbuchungen fallen sonst gar nicht auf und summieren sich mit der Zeit.

Typische Gründe sind laut den Verbraucherschützern unnütze Versicherungen oder Probeabos für Zeitschriften. Werden Verbraucher stutzig und können sich nicht erinnern, sollten sie mit dem betreffenden Unternehmen klären, was hinter einer Abbuchung steckt.

Ist sie unberechtigt, wurde also ohne Erlaubnis des Kontoinhabers Geld abgebucht, kann er innerhalb von 13 Monaten bei der Bank wider-

sprechen und sich das Geld zurückholen. Wer bereits eine unberechtigte Abbuchung hatte und weitere befürchtet, sollte die Bank informieren. Diese kann zum Beispiel eine Sperrliste für Kontoabbuchungen einrichten.

Doch Achtung: Besteht tatsächlich eine Zahlungspflicht, droht ein Mahnverfahren mit zusätzlichen Kosten und Aufwand. Denn oft kommen Verträge ganz unbemerkt zustande. Ein unbedachtes Tippen auf Werbung kann ausreichen, um aus Versehen ein Abo abzuschließen. Manchmal werden Nutzer und Nutzerinnen sogar von gängigen Internetseiten auf unbekannte Seiten umgeleitet.

KURZ NOTIERT

Doppelte Prämie auch für gestreckte Ausbildung

Essen/Berlin. (dpa) Eine Weiterbildung, die zum Abschluss in einem Ausbildungsberuf führt, wird unter bestimmten Voraussetzungen mit einer Weiterbildungsprämie gefördert. In der Regel bekommt man von der Agentur für Arbeit für die erfolgreiche Zwischenprüfung 1000 Euro, für die bestandene Abschlussprüfung 1500 Euro. Das Prinzip lässt sich auch auf eine gestreckte Ausbildungsprüfung übertragen. Das zeigt ein Urteil des Landessozialgerichts NRW (AZ: L 19 AS 466/20), auf das der Deutsche Anwaltverein (DAV) verweist.

Wer zunächst einen theoretischen Teil und später einen praktischen Teil der Abschlussprüfung ablegt, hat demnach Anspruch auf zwei Prämien. Der erste Teil ist als Zwischenprüfung zu bewerten, wie die Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht im DAV mitteilt.

Sind Minuszinsen auf dem Kautionskonto zulässig?

Berlin. (dpa) Vermieter sind verpflichtet, die Kaution ihrer Mieter auf ein Konto einzuzahlen. Das müssen sie getrennt von ihrem eigenen Vermögen zugunsten der Mieter anlegen. Diese Kaution muss laut Bürgerlichem Gesetzbuch (BGB) verzinst werden. Paragraph 551 Absatz 3 BGB schreibt vor, dass die Verzinsung dem sogenannten Spareckzins entsprechen muss, den die Bun-



Beim Einzug hinterlegen Mieter Kaution. Die muss angelegt werden.

Bild: Christin Klose/dpa

desbank festlegt.

Als Folge der Mini-Zinspolitik bringen Spareinlagen inzwischen so gut wie nichts mehr ein. Künftig ist nicht ausgeschlossen, dass der Eckzins ins Negative dreht. Die mögliche Folge: Das Geld auf dem Kautionskonto wird nicht mehr, sondern weniger. Das müssen Mieter akzeptieren. Eigentümer bräuchten den Verlust nicht zu ersetzen.

Notebook, Tablet und Co.: Nutzungsdauer verkürzt

München. (dpa) Homeoffice ist ohne die richtige technische Ausstattung kaum denkbar. Die gute Nachricht: Wer sich auf eigene Kosten Computer, Drucker oder Software angeschafft hat, kann das Finanzamt an den Ausgaben beteiligen, erklärt die Lohnsteuerhilfe Bayern (Lohi). Ab dem Veranlagungsjahr 2021 können die Kosten sogar vollständig im Jahr des Kaufes abgesetzt werden.

Bisher mussten Computer, Drucker und Software mit einem Anschaffungspreis über 800 Euro netto über den Zeitraum von drei bis fünf Jahren abgeschrieben werden. Der Kaufpreis wurde also auf mehrere Steuererklärungen aufgeteilt. Dem liegt die AfA-Tabelle zur Abschreibung für allgemeine Anlagegüter zugrunde. Die Finanzverwaltung hat die steuerlichen Abschreibungsregelungen nun geändert: Seit dem 1. Januar wird eine gewöhnliche Nutzungsdauer von einem Jahr angenommen.



Abbuchungen auf dem Konto sollten regelmäßig überprüft werden. Werden Summen abgebucht, die Sie sich nicht erklären können? Bild: Franziska Gabbert/dpa